

Leserbrief

Statt bessere Konditionen für ein höheres Ziel zu diskutieren, Kürzungen entgegennehmen

Am 15. April 2014 hat die Schweiz in New York die UNO-Behindertenrechtskonvention als 144. Staat ratifiziert. Besonders stark diskutiert worden ist die inklusive Bildung im Artikel 24 der Konvention. Darin garantieren die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem. Der Kanton trägt hier Mitverantwortung und nimmt seine Aufgabe nicht mehr vollumfänglich wahr. Durch die Sparmassnahmen wird die Umsetzung gefährdet. Für die Volksschule ist die Umstellung auf den integrativen Unterricht eine der grössten Herausforderungen der letzten Zeit. Dies umzusetzen erfordert grossen Idealismus und ausserordentliches Engagement. Der Zusatzaufwand ist enorm und viele Lehrpersonen haben sich in den letzten Jahren neue Unterrichtsformen erarbeitet, um diesen Anforderungen gerecht werden zu können. Nun, wo der integrative Unterricht eingeführt worden ist, werden den Lehrpersonen sukzessive wieder Ressourcen weggenommen. Mit Besorgnis beobachten wir diese fehlende Wertschätzung. Wenn die Lehrpersonen ihre idealistischen Ziele vor lauter Überforderung aus den Augen verlieren, bleiben besonders Kinder mit Behinderungen, Kinder mit speziellen Begabungen, Kinder mit einer anderen Muttersprache auf der Strecke. Kurzsichtig denken lohnt sich im Bildungsbereich definitiv nicht. Unsere Gesellschaft wird diese Kinder nach der Schulzeit zu sehr viel höherem Preis integrieren müssen.

Ruth Egli, Schulische Heilpädagogin, Luzern